

Nebräer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrä

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 M.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Hohlleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Hohlleben.
Geschäftsstelle in Nebrä: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Hohlleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 532

Anzeigen kosten: die 45 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Donnerstagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostsparkasse Nebrä — Bankverein Artern.

Nr 138

Donnerstag, den 22. November 1928

41. Jahrgang

Stresemann spricht...

Ueber Räumung, Reparationen und Abrüstung.

— Berlin, 20. November.

Bei der Eröffnung der Montagssitzung des Reichstages zeigte das Haus wieder das Gepräge eines besondern Tages. Am Regierungstisch saßen Reichsaussenminister Dr. Stresemann und weitere Mitglieder des Kabinetts. In der Diplomatengalerie besaßen man zahlreiche Vertreter fremder Mächte. Auf der Tagesordnung stand die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die am 17. Oktober in Paris in Verbindung mit der Besetzung von Aachen und Interpellationen über Angelegenheiten des besetzten Gebietes.

Präsident Hörsing erklärte sofort dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort und erklärte, es gereiche ihm zur Freude, dem nach langer Krankheit genesenen Reichsaussenminister das Wort erteilen zu dürfen.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann

begann seine Rede mit einem Dank an den Reichspräsidenten, der ohne Zögern seine Bitte erfüllt habe an Stelle des verstorbenen Außenministers die deutsche Delegation in Genf zu führen. Mit meinem Dank, so erklärte der Minister weiter u. a., möchte ich die Erklärung verbinden, daß ich für alle Schritte, die von Deutschland in den letzten Monaten auf außenpolitischem Gebiet getan worden sind, meinerseits die volle Verantwortung zu übernehme. Besonders drei große und lebenswichtige Fragen der Außenpolitik möchte ich in den Mittelpunkt meiner heutigen Erklärung stellen:

Die Frage der Räumung der besetzten Gebiete, die der Abrüstung und vor allem die der Lösung der Reparationsfrage.

Die deutsche Regierung hat vor der diesjährigen Welterkundungsverammlung die beteiligten Regierungen unterrichtet, daß sie beabsichtigt, in Genf die Räumungsfrage offiziell aufzunehmen. Nicht nur Deutschland, sondern weitaus die meisten Staaten des Völkerbundes empfanden heute noch fortwährende Anwesenheit fremder Truppen auf deutschem Gebiete als einen tiefen Gegensatz zur Entwicklung der internationalen Politik in den letzten Jahren (sogar die Zustimmung). Wir brauchen und brauchen daher auch heute nicht zu befürchten, daß etwa eine negative Erklärung der Lage für die internationale Stellung Deutschlands irgendwie von Nachteil sein könnte. Ueber den Verlauf der Genfer Verhandlungen

in dieser Beziehung ist alles wesentlich in der Öffentlichkeit bekannt. Ueber die Beurteilung des Ergebnisses sind wir uns wohl einig; es war für das deutsche Volk eine tiefe Enttäuschung, daß wir mit unserem Anspruch in Genf nicht durchgedrungen sind (sogar die Zustimmung). Andere Verhandlungsgegner haben eine Auffassung vertreten, die wir nicht anerkennen können. Deutschland wird in seinen Rechten verletzt, solange dieser Anspruch nicht erfüllt ist. Reineswegs können wir die Räumung mit Gegenleistungen finanzieller Art erkaufen. Ich stelle mit Genugtuung fest, daß nach vor wenigen Tagen auch von uns abgesehen der britische Seite grundsätzlich anerkannt wurde, daß Räumung die Voraussetzung für einen völlig gerechten Frieden ist (sogar die Zustimmung). Die freundlichen und zum Teil herzlichen Worte an Deutschland verließen ihr Echo in Deutschland, wenn die moralische Forderung steht, die durch die Anwesenheit der fremden Besatzungen verhindert wird. Der Minister erwähnte die französischen Mündler auf deutschem Gebiet und erklärte:

Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß auch der Geist der Beziehung in den Rheinlanden einen Rückschlag erfahren hat.

Am Zusammenhang mit der Erwähnung der Kritik der deutschen Außenpolitik führte der Minister aus, er halte es trotz des Rückschlages für notwendig, in voller Deffektivität weiter für die Grundlagen und die konsequente Fortführung der bisherigen deutschen Außenpolitik einzutreten. Ich sehe keine Unterbrechung, die uns erlaube, an Stelle des angeblichen Platonismus einer Großmachtpolitik die tatsächliche politische Machtstellung zu erhalten, die andere Mächde immer noch in der Aufrechterhaltung ihrer Räumungen am ehesten gefestigt haben. Der Minister bestätigte sich nach mit weiteren Einzelheiten der Kritik an seiner Außenpolitik, wie er feststellte erklärte: Ich bin davon überzeugt, daß jeder Außenminister und jede Regierungskollegium durch den Zwang der realen Erwägungen gewonnen werden, die dieselben Entscheidungen zu nehmen, wenn sie sich nicht an der Existenz des Landes verjüngen wollen.

In der Abrüstungsfrage werden wir an dem in nicht missverständlicher Form vom Reichsanstalter und dem Grafen Bernstorff in Genf dargelegten Standpunkt festhalten. Das Flottenkompromiss, das viel erwähnt wurde, dürfte als erledigt anzusehen sein. Wenn zwei Mächde, denen nach der Konstitution des Locarno-Pakt eine wesentlich verjüngende Rolle zufällt, auf militärischem Gebiete tatsächlich weitreichende Vereinbarungen getroffen hätten, würde das an die Grundlagen des Abkommens von Locarno stößen. Dem beschäme ich mich der Minister mit den Erörterungen über die Einsetzung einer Sachverständigen-Kommission zur Lösung der

Reparationsfrage.

Aus diesem Plan ergebe sich, daß die letzte Entscheidung über die Reparationsfrage auf Grundlagen ruhen müsse, die frei von politischen Gefühlsfragen und nur basierend auf wirtschaftlichen Zusammenhängen zu finden seien. Die Freiheit der Entscheidung über die Vorschläge der Sachverständigen muß natürlich den Regierungen gemehrt bleiben. Erst wenn die Sachverständigen gesprochen haben werden, kann die Frage erörtert werden, wie sich nach deutscher Auffassung auch die endgültige politische Lösung im einzelnen denken ließe. Einleuchten kann sich die Reichsregierung auf den allgemeinen Grundgedanken beschränken, daß von einer wirklichen Lösung der Reparationsfrage nur gesprochen werden kann, wenn sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht übersteigt, das heißt wenn sie die Erfüllung unserer Verpflichtungen dauernd aus eigener Wirtschaftskraft und ohne Gefährdung der Lebenshaltung unseres Volkes ermöglicht (Zustimmung). Der Gedankenaustausch zwischen den Regierungen über die Durchführung der Sachverständigen-Kommission ist noch im Gange. Hoffentlich wird er bald ein befriedigendes Ergebnis haben. Denn solange diese Entscheidung der Reparationsfrage fehlt, besteht eine gefährliche Unsicherheit für Wirtschaft und Finanzen. Zum Schluß seiner Ausführungen leitete der Minister noch die Bedeutung des am 27. August in Paris unterzeichneten Kellogg-Pakt. Der Pakt löst nicht nur den Frieden sicher, sondern die Völker einander näher bringen und selbst getrennte Kontinente zu fruchtbarer Arbeit zusammenführen (sogar die Zustimmung).

Abgeordneter Graf Westarp (Dsa.).

erklärte, die an die Namen Locarno, Genf und Thoiry geknüpften deutsche Friedenshoffnungen habe den erwarteten Erfolg nicht gebracht. Die Episode der sogenannten Locarno-Politik sei abgeschlossen. Frankreich besitze Deutschlands Sicherheit. Es liege keine Räumungen uns Ungewissens. Gemeinsam mit England veranlasste Frankreich auf dem Genfer Kongress von angeblichem Ausmaß und Verlang, daß die Kontrolle über die Entmilitarisierung einer Zone bis 50 Kilometer westlich des Rheins verweigert werde. Die letzten Verhandlungen hätten gezeigt, daß dem Völkerbund hinsichtlich der Abrüstung nichts mehr zu erwarten sei. Auch Paris, die Träger der Idee, seien umsonst gewesen. Aber doch die fremden Staatsmänner mit dieser Politik Schluß gemacht haben. Den Willkür des Genfer Abkommens über den Eintritt in neue Verhandlungen können wir nicht gutheißen. Der Redner besprach dann die Frage der Reparationsverhandlungen. Alles was darüber in letzter Zeit gesagt worden sei, müsse mit schmerzlicher Sorge erfüllt. Der Redner wies darauf, daß sich Deutschland auf unidirekte Verheißungen und Hoffnungen lasse, die sich niemals erfüllen. Die Grundlage aller Verhandlungen müsse bilden, daß durch die bisherigen Leistungen die deutsche Schuld abgegolten sei. Wir erwarten bei den Verhandlungen eine für Deutschland annehmbare Ergebnis nicht. Wenn es aber umständlicher Korrekturen kommt, erwarten wir am ehesten ein besseres kein (sogar die Zustimmung). Der Redner widersprach einer Presseauslassung des Reichsaussenministers, wonach wir die volle deutsche Souveränität nie wieder besitzen würden. Deutschlands Freiheit habe Einheitswert, nicht aber das Recht der Zwangsentscheidung. Wenn der Innenminister in seiner Rundfunkrede gesagt habe, jeder deutsche Republikaner müsse, daß er zuerst als Mensch und dann als Deutscher auf die Welt gekommen sei, so müsse das schärfste Widerrecht hervorgerufen. Er erinnere an eine Denkschrift des Großen Kuratils, die mit der zornigen Klage beginnt, daß die deutschen Stämme fremder Nationen Gefangene seien, und mit dem Worte ende: Gewente, daß du ein Deutscher bist! (sogar die Zustimmung).

Schluß der außenpolitischen Debatte.

— Berlin, 21. November.

Der Reichstag beendete am Dienstag die außenpolitische Debatte. Zunächst sprach der Abgeordnete Mühlberg (Komm.), der sich dagegen verwahrte, daß der Reichsanstalter als Führer der Genfer deutschen Delegation sich über die Genfer Mißerfolge auszuwiese. Die Kommunisten würden im Falle eines Krieges gegen Ausland Reichswehr und Flotte aufordern, die Gewehr umzubringen gegen den Feind im eigenen Lande und den russischen Freunden zu helfen (sogar die Zustimmung).

Abgeordneter v. Rheinbaben (DVP) gab der besondern Freude seiner Partei darüber Ausdruck, daß der Reichsaussenminister nach langer Krankheit sein Amt wieder übernommen habe (Beifall bei der DVP.). Er gab weiter die Erklärung ab, daß seine Fraktion den Darlegungen des Außenministers zustimme. Einer eingehenden Kritik unterwarf er die Rede des Grafen Westarp. Die Fortsetzung: Revision des Versailleser Vertrages, Abrüstung, Revision der Skizzen, Widerruf der Kriegsschuldfrage usw. würden aus von allen anderen Parteien des Hauses unterbunden. Im Gegenlag zum Grafen Westarp, so fuhr der Redner fort, bemühen wir uns aber, die Lage unseres Vaterlandes lo zu sehen, wie sie ist, und die Forderungen klar herauszuarbeiten, um die es sich zu nächst in der Gegenwart handelt. Bei der Rede des Vertrauensabgeordneten Dr. Kasa ging mir die Melodie durch den Kopf: „Und ein bißel Lieb und ein bißel Treu...“ (Zuruf: „Und ein bißel Falschheit ist allweil dabei!“). (Beifall). Es lag in dieser Rede eine gewisse Föhnstimmung zur Locarno-Politik. Aber der nicht langer Zeit hat aber Dr. Westarp immer wiederholt, daß Dr. Stresemann

mit der Locarno-Politik nur die Weich beschränkt habe, die das Zentrum gekannt habe. Und jetzt Föhnstimmung — tempora mutantur! (Beifall bei der DVP.). Wir halten an der Locarno-Politik fest, wir müssen mit Frankreich und England weiter Politik treiben, wenn wir freier werden wollen. Die deutsche Politik habe durchaus richtig gehandelt, als sie sich zu den Sachverständigen-Verhandlungen bereit erklärte. Der Redner behielt sich auch für die Deutsche Volkspartei volle Freiheit hinsichtlich des Ergebnisses der Verhandlungen vor.

Abgeordneter Dr. Westphal (Soz.) wies darauf hin, daß seit einigen Jahren die außenpolitische Debatte in Inhalt und Grundform immer dieselbe geblieben sei. Die Delegationen haben, je nachdem, ob sie in der Regierung oder in der Opposition saßen, die sanfte Melodie oder die trügerische Pauke gespielt (Beifall). Wir Sozialdemokraten haben uns dagegen durch unsere inopportunistische Stellung nie in unjener Zustimmung zur Verständigungs-politik betreten lassen. Der Abgeordnete v. Rheinbaben habe seine vielen Klagen niemals ganz aufhört. Er jagte: tempora mutantur — die Zeiten ändern sich — und wir mit ihnen. — So gebe es weiter. Das heißt der Redner der Deutschen Volkspartei ruhig für seine Freunde hinzugehen können. Graf Westarp habe den parlamentarischen Mitgliedern der Völkerbundes-Delegation den Vorwurf gemacht, daß sie durch ihre Verhandlungen der Delegation in den Händen fallen. Es handele sich nicht um Verhandlungen, sondern um private Unterhaltungen, was Ihnen (nach rechts) Ihr Freund Hochstet beschränken kann, der an zahlreichen bezüglichen privaten Unterhaltungen teilgenommen hat (sogar die Zustimmung). Wenn Graf Westarp sich dies verheißt, dann scheint er sich etwas in seiner Kompetenz zu irren. Wenn korporatistischer sind Sie nicht! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und Zustimmung bei den Deutschnationalen). Wir erwarten, daß Dr. Stresemann von dem bisher beschränkten Wege der Außenpolitik nicht abweichen wird. Zu der von dem Zentrumsgesandten Schreiber an der Zusammenkunft des Auswärtigen Amtes gehaltenen Rede muß ich sagen, was können wir diplomatischen Vertreter nicht nach Konvention und Weltanschauung auslösen, sondern nur nach der Pflicht. Soll nach Moskau ein Löwe gehen, nach Jerusalem ein Katholik oder ein Jude? (Beifall). Graf Westarp war sehr unvorsichtig, als er sich auf den Großen Kuratils bezog. Dieser Pakt hat sich von den Franzosen lösen lassen und war mit ihnen verbunden gegen den deutschen Kaiser (Nur rechts). Stolz sein wollen wir auf unter Deutschland, wenn es in der Zeit für den Frieden der Menschheit an der Spitze marschieren (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abgeordneter Emminger (Soz. Dsa.) hob hervor, daß die deutsche Außenpolitik in den letzten Jahren in einer sicheren Krise lande, die jetzt noch nicht überwinden sei. Der Gedanke des Friedens habe in der Welt noch nicht die Fortschritt gemacht, die man erwarten habe. In der Welterkundungspolitik sei zweifellos ein Rückschlag zu verzeichnen. Hebräal würden Beträge abgeschlossen, die mit dem Ziele verbunden Gedanken nicht in Erwägung zu bringen seien. Die Schlüssel seien nur über die Brandherde. Unter keinen Umständen dürfe auf den Transfereschub verzichtet werden.

Infolgedessen sei die Bekämpfung innerlicher Forderungen wie die Reform der Post und der Damesachen. Der Redner sagte die Forderungen Deutschlands in die Worte zusammen: Friede, Freiheit, Gleichberechtigung!

Abgeordneter Graf Reinhold (Dsa.-Soz.) erklärte, in Genf sei die Locarno-Politik geborgen worden. Auch Irland, der von den bisherigen deutschen Regierungen zum Nationalheil gemacht worden sei, habe in Genf seinen Selbstbestimmungs verloren. Unter großer Heiterkeit erklärte der Redner, Stresemann gehöre offenbar zu den „dienenen Brüdern“.

Abgeordneter von Sobel (Christl.-Nat. Bauernpartei) wandte sich gegen jeden Rückschlag in der Räumungs- und Reparationsfrage. Der Redner forderte in den Sachverständigen-Ausschuss auch einen Vertreter der Landwirtschaft aufzunehmen. Eine Zahlungsverpflichtung Deutschlands ohne überhaupt nicht mehr anerkannt werden.

Abgeordneter Wolf (Völkerspartei) beklagte den Damesachen. Bei der Auswahl der Sachverständigen für die jetzt beginnenden Verhandlungen müßten auch die Bauernwirtschaftler und der Mittelstand berücksichtigt werden.

Abgeordneter Dr. Scheider (Ztr.) verlangte, daß das kulturelle Moment im Dienst des Auswärtigen Amtes mehr als bisher betont werde. Mit den Sozial- und Kulturkassen allein ließe diese Forderung nicht erfüllt werden. Es lag im Auswärtigen Amt Familienfürsorge mit Hilfe errichtet werden. Auch bei der diplomatischen Vertretung Deutschlands muß die Weltanschauung zur Geltung kommen.

Damit schloß die Aussprache. Der nationalsozialistische Antrag auf Einsetzung der Untersuchungen wurde gegen die Antragsteller und die Christl.-Nat. Bauernpartei abgelehnt. Die anderen Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Ueber das nationalsozialistische Mißtrauensvotum wurde namentlich abgemittelt. Dafür stimmten mit den Nationalsozialisten die Christl.-Nat. Bauernpartei, die Deutschnationalen und die Kommunisten.

Der Mißtrauensantrag wurde mit 219 gegen 98 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Das Haus vertagte sich dann auf Dienstag, den 27. November, 3 Uhr: Kleine Vorlagen.

Haufe in Düsseldorf.

Sonnabend neue Gerichtsentscheidung.

— Essen, 21. November.

Das Landesarbeitsgericht in Düsseldorf hat den neuen Verhandlungsstermin über die Frage der Verbindlichkeit des Gliederbeitrages auf den kommenden Sonntag festgesetzt. Die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die bei Regierungspräsident Bergemann bis zum Dienstag vormittag verhandelt, beschloßen daraufhin, ihre Verhandlungen auszusetzen, um den Spruch des Landesarbeitsgerichts abzuwarten. In der Entscheidung wird deutlich zum Ausdruck gebracht, daß beide Parteien Wert darauf legen, die Verhandlungen nicht abzubrechen. Maßgebend für die Unterbrechung war wohl hauptsächlich die Tatsache, daß bis jetzt noch keine Grundlage zu einer Einigung gefunden werden konnte.

Von selten der Arbeitgeber wurde unmittelbar nach Unterbrechung der Verhandlungen eine längere Erklärung veröffentlicht, in der die Schuld an der bisherigen Ergebnislosigkeit der Verhandlungen den Gewerkschaften zugehoben wird. In der Erklärung heißt es, daß bereits am Sonnabend von den beiden Parteien ein Übereinkommen getroffen worden sei, das die beiderseitige Zustimmung gefunden hätte. Der Beginn der Verhandlungen seien jedoch neue Gewerkschaftsvertreter hinzugekommen, welche die Annahme der Einigung rundweg abgelehnt hätten. Dadurch habe man sich nach letztgültigen Verhandlungen wieder am Ausgangspunkt des Streites gesehen.

Nach den Mitteilungen der Gewerkschaften wollen diese um in sein Hindernis für die Wiederaufnahme zu bilden, daß unter dem bis zum 1. Oktober in Kraft getretenen Tarifvertrag die Arbeit wieder aufgenommen wird. Dann aber soll vom Tage der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts der neue Schiedsspruch die Grundlage der Bezahlung sein. Sollte aber das Urteil des Reichsarbeitsgerichts zu ungunsten der Arbeiter ausfallen, dann sollen neue Verhandlungen geführt werden, bis zu deren Abschluß der Tarif weiter gelten soll. Dem Kern der Verhandlungen der Gewerkschaften bildet also: Anerkennung des verbindlich erklärten Schiedsspruches. Das aber ist es, was die Unternehmer nicht wollen.

Verteilung der Hilfgelder.

Der preussische Reichsfinanzminister Hirtzler traf am Montag in Essen ein, um die vom Reichstag beschlossene Unterfertigung der Ausgaben für die Verteilung von 20 Millionen an die Gemeinden in die Wege zu leiten. Am Mittwoch fand eine Konferenz der Verwaltungsglieder der in Frage kommenden 35 Städte und Landgemeinden statt, die etwa 100 Vertreter umfaßte. Es sollte eine möglichst einheitliche Verteilungsschlüssel entsprechend der Lage der Städte gefunden werden. Auch die bereits ausgefallenen Unterfertigungen sollen den Gemeinden zugute kommen.

Nach den getroffenen Richtlinien erhalten von Montag ab die von der Auswertung betroffenen Kreislagen folgende Unterfertigung für die Winter-Hilfsleistungen: Familien ohne eigenen Haushalt 8 Mark, alleinstehende Personen mit eigenem Haushalt 12 Mark, Ehepaare 16 Mark, alle im Haushalt des Hauptunterstützungspflichtigen zu verbringenden Personen je 3,50 Mark. Eine Rückschlus der Unterfertigung darf nicht verlangt werden.

Um die Biersteuerverteilung.

Der Staatsgerichtshof erklärt das Biersteuergemeinschaftengesetz vom April 1927 für unglücklich.

— Leipzig, 19. November.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich, Reichsgerichtspräsident Dr. Simon, hat in dem verfassungsrechtlichen Streit über die Gültigkeit des Biersteuergesetzes vom 9. April 1927 betreffend Biersteuergemeinschaft, über den der Staatsgerichtshof am Sonnabend verhandelt hat, um 18.30 Uhr eine Entscheidung folgenden Inhalts veröffentlicht:

Das Gesetz vom 9. April 1927 (Reichsgesetzblatt I, Seite 94) zur Änderung der Gesetze über den Eintritt der Kreisarten Württemberg, Baden und Baden in die Biersteuergemeinschaft ist unglücklich. Das Reich ist Preußen gegenüber berechtigt, die im Paragraphen 3 der Einführungsgesetz getrocknete Bestimmung über den Eintritt der Kreisarten Württemberg, Baden und Baden in die Biersteuergemeinschaft vom 1. April 1925 anzuwenden. Eine Entscheidung über die Höhe der Aufwertung bleibt vorbehalten. Bis zu dieser endgültigen Entscheidung oder bis zum Erscheinen eines mit verfassungswidrigen Reichsgesetz getroffenen Änderungsbeschlusses ist das Reich berechtigt, an Württemberg, Baden und Baden die in dem für unglücklich erklärten Gesetz von 1927 bestimmten Beträge weiter zu bezahlen. Diese letztere Entscheidung ist getroffen worden namentlich im Hinblick darauf, daß das finanzielle Fundament der Finanzwirtschaft der genannten drei Länder erschütterter wäre, wenn diese Zuwendungen nicht mehr oder nicht mehr mit Sicherheit erfolgen würden.

Wie schon aus der Gerichtsentscheidung hervorgeht, soll die bisherige Regelung weiter bestehen. Da aber die Preussische Regierung naturgemäß ein lebhaftes Interesse daran hat, diesen Zustand schnell zu beenden, wird man sicherlich mit großer Befriedigung die Entscheidung eines einflussreichen obersten Gerichtes in die Hände drücken, der wahrscheinlich heftige Kämpfe nach sich ziehen wird.

Die Besteuerung nach dem Dreijahresdurchschnitt Die Ausschreibungsverfahren im Reichsanwaltschaftsministerium brachten keine Klärung.

— Berlin, 20. November.

Zu einer jedoch im Reichsanwaltschaftsministerium im stützenden Ausschreibungsverfahren des Ausschusses zur Klärung der Frage der Besteuerung nach dem dreijährigen Durchschnitt wird bekannt, daß etwa der dritte Teil des Ausschusses für die sofortige Einführung des Dreijahresdurchschnitts stimmte. Dieser Minderheit gehörten jedoch mit einer Ausnahme sämtliche der Kommissaren angehörig: Reichsanwalt, Reichsanwalt, Einzelhandel und Bankwesen an. Hervorzuheben ist jedoch vor allem, daß auch ein zu Gunsten der Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes von einer Anzahl anderer Kommissionsmitglieder gefellter Antrag mit beträchtlicher Mehrheit abgelehnt wurde.

Dies begründete die Kommissionsmitglieder einer baldigen Befassung des Reichstags mit Vorfragen, welche die mit dem bisherigen System für viele Kreise der schwebenden Steuerpflichtigen verbundenen Härten zu beseitigen geeignet sind.

Wieder Koalitionsverhandlungen.

Zählungnahme des Reichstagslers?

— Berlin, 21. November.

Wie in Berliner informierten Kreisen verlautet, beabsichtigt der Reichstagsler nunmehr mit den für die Große Koalition in Frage kommenden Parteien erneut Zählung zu nehmen, um die Koalitionsverhandlungen wieder in Gang zu bringen.

Diese Koalitionsverhandlungen werden sicherlich für die Einigung der neuen Reichstagsperiode besonders ausschlaggebend gewesen sein, da man Zeit finden will, um die Verhandlungen endlich zu einem Abschluß zu bringen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen wird die Steuerfrage und in engem Zusammenhang hiermit der neue Etat stehen, der beinahe ein Drittel von 600 Millionen Mark aufweist. Hier stehen sich besonders die Auffassungen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten gegenüber. Mit in die Verhandlungen einbezogen werden soll auch die Schulfrage, ebenso die Frage des Konfessionsrats, wobei die Gegensätze zwischen Zentrum und Deutschen Volkspartei besonders scharf hervortreten. Ferner spielt die Frage der Großen Koalition in Bezug auf auch bei diesen Verhandlungen um die Reichsregierung eine beträchtliche Rolle. Inwiefern betrafte man die Aussichten in Regierungskreisen durchaus nicht pessimistisch.

Das Recht auf Räumung.

Ueberraschendes Eintreten englischer Juristen für Deutschlands Rechtsansatz.

— London, 19. November.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ weist im Zusammenhang mit den Erklärungen des Schatzkanzlers Churchill und anderer Minister über die Aufhebung der englischen Regierung zur Frage der Rheinandrängung auf die durch den Versailles Vertrag geschaffene rechtliche Lage hin.

Der Korrespondent legt im einzelnen den Sinn der Artikel 429 bis 431 des Versailler Vertrags aus, wobei er die Ansicht vertritt, daß der Sinn des Artikels 431 darin liege, daß von Deutschland nur Beweise seines guten Willens verlangt würden. Die Zahlung der Reparationen bis zur letzten Mark könnte von den Alliierten also nicht als Voraussetzung für die Räumung herangezogen werden.

Deutschland habe auf Grund der pünktlichen Reparationsannuitäten während einer angemessenen Reihe von Jahren ein Recht auf Räumung.

Die besondere Behandlung der Reparationen durch Artikel 430 gebe den Alliierten gleichfalls kein Recht für die Verdrängung der Rheinandrängung, da dort nur von möglicher abhälliger Wiederherstellung durch Deutschland die Rede sei. Der Versailles Vertrag biete keine besondere Handhabung von Garantien gegen einen unprovokierten Angriff durch Deutschland zu verlangen. Artikel 3 des zwischen Frankreich und Großbritannien und Frankreich und dem Vereinigten Staaten abgeschlossenen Vertrages zur Garantie der Sicherheit der alliierten Länder lehre vor, daß die Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung dieser Verträge verschwinden würde, sobald Deutschland wieder die Möglichkeit der Erfüllung dieser Verträge habe. Deutschland habe nunmehr diese Weisung durch den Abschluß der Locarno-Verträge und seinen Eintritt in den Völkerbund erfüllt. Durch die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund auf der einen und seine pünktlichen Reparationszahlungen auf der anderen Seite habe sich Deutschland nach Auffassung einiger der führenden Juristen Großbritanniens das Recht geschaffen, die Räumung des Rheinlandes zu verlangen. Im ganzen Worten der Korrespondent zu dem Schluß, daß die rechtliche Lage für die Rheinandrängung für Deutschland günstig sei, daß Großbritannien im wesentlichen die deutschen Argumente für die Räumung annehme. Auffällig ist hierher, daß führende britische Juristen, die der Korrespondent zitiert, offenbar diese Auffassung nicht langsam vertreten, die britische Regierung aber bisher eine durchaus gegenteilige Politik verfolgt habe.

Die Alliierten noch immer uneinig.

Mitteilung über eine englische Note an die Alliierten. — Der Aufgabekreis der Sachverständigen-Kommission. — Anfrage an Amerika.

— Berlin, 21. November.

Wie nunmehr von amtlicher Berliner Stelle bestätigt worden ist, hat die englische Regierung dem deutschen Volkshof in London von einer Note Kenntnis gegeben, die die englische Regierung an die Alliierten über die Reparationsfrage gerichtet hat. Diese Note betont die englischen Grundzüge, die in der Wilson-Note festgelegt sind, wonach England soweit Reparationen bekommen soll, als es selbst an Amerika an Schu den abzutragen hat.

Eine offizielle Schrift vom 30. Oktober ist aber bisher noch immer nicht erfolgt. Es ist nämlich den Alliierten bisher noch nicht gelungen, über den Aufgabekreis der Sachverständigen-Kommission eine Einigung herbeizuführen. An Frankreich betont man, daß die deutsche Zahlungsfähigkeit bereits im Dawes-Abkommen festgelegt ist, während England diese Auffassung nicht vertritt. Erst wenn diese Gegensätze geklärt sind, wird man Deutschland endgültig über die Reparationsfrage antworten.

Nach Pariser Mittermeldungen soll Berlin als Tagungsort für die Sachverständigenkonferenz in Frage kommen. Nur Paris ist aber bisher als einzige der Sachverständigen-Kommission ein Einigung herbeizuführen. An Frankreich betont man, daß die deutsche Zahlungsfähigkeit bereits im Dawes-Abkommen festgelegt ist, während England diese Auffassung nicht vertritt. Erst wenn diese Gegensätze geklärt sind, wird man Deutschland endgültig über die Reparationsfrage antworten.

Nach Pariser Mittermeldungen soll Berlin als Tagungsort für die Sachverständigenkonferenz in Frage kommen. Nur Paris ist aber bisher als einzige der Sachverständigen-Kommission ein Einigung herbeizuführen. An Frankreich betont man, daß die deutsche Zahlungsfähigkeit bereits im Dawes-Abkommen festgelegt ist, während England diese Auffassung nicht vertritt. Erst wenn diese Gegensätze geklärt sind, wird man Deutschland endgültig über die Reparationsfrage antworten.

Opposition gegen das Kabinett Poincare.

Nach Toulon legt sein Völkerbundsmandat nieder.

— Paris, 19. November.

Wie der Allgemeine Arbeiterverband mitteilt, hat auch der Mitarbeiter Paul Boncour, der in der vorbereitenden Arbeitskommission Boncour, der Generalleitet

für des Allgemeinen Arbeiterverbandes, erklärt, daß er unter den gegebenen Umständen nicht der Lage ist, sein Völkerbundsmandat beizubehalten.

Der Niedertritt Paul Boncour und Toulon, geben der französischen Presse Anlaß, für das Kabinett Poincare eine verlässige Opposition zu prophezeien. Nebenfalls stellen die beiden Mitglieder klar, daß die Beibehaltung des radikalen Kabinetts in Frage steht, daß für die innere Politik Frankreichs nur nachdringliche Forderungen, als man ursprünglich annahm. Zweifellos will die Linke unbedingt Fortwirken, daß das neue Kabinett Poincare ein ausgeprägtes Rechtskabinett ist.

Die Nachfolger für die zurückgetretenen Vertreter sind noch nicht ernannt. Es ist anzunehmen, daß der Vorliegende der Arbeiterkongressdelégation schon in den nächsten Tagen von der Regierung ernannt wird. Genannt wird hier der Name des Grafen Glausel.

Aus dem In- und Auslande.

Einführung eines Arbeitsdienstjahres.

Berlin, 20. November. Die Nationalsozialisten haben mit Unterstützung der Christlich-Nationalen Bauernpartei im Reichstag einen Antrag eingebracht, der alsbald einen Gegenentwurf fordert, der zur Behebung der Arbeitslosigkeit ein Arbeitsdienstpflichtjahr einführt. Arbeitsdienstpflicht sollen alle männlichen und weiblichen Deutschen für ein Jahr zwischen ihrem 17. und 21. Jahre sein. Die Arbeitsdienstpflicht soll, soweit Bedarf vorliegt, auf dem Lande ausgeführt werden, sonst bei Wegebau und Kultivierungsarbeiten des Staates.

Kampfanlage Mar 59'.

Leipzig, 19. November. Auf dem Leipziger Augustusplatz hat Mar 59' im Rahmen einer kommunalistischen Demonstration eine Anfrage gehalten, in der folgender Satz bemerkenswert war: „Schreiber dieses, als wir alle glauben, daß es zu Ende sein mit dem Boden, dann stehen wir wieder auf den Barrikaden und bieten unsere Leiber den Augen der Bourgeoisie dar.“

Der Landesparlament der Deutschen Volkspartei für den Westpreußen hat eine Entschließung angenommen, nach der sofort alle Bezeuerten bei den Anschlägen Zählungen an ein größeres Nachbarland getroffen werden sollen.

Unrechterhaltung der Beislagnahme deutschen Eigentums in Großbritannien.

Berlin, 21. November. Die Anfrage eines Abgeordneten im englischen Unterhaus, ob der Bremerminister gegen die bei den bevorstehenden Reparationsverhandlungen die Frage der Beislagnahme des deutschen Eigentums einer Durchsicht zu unterziehen, hat ebenso wie die absehnende Antwort Baldwin in Berliner politischen Kreisen außerordentlich starke Beachtung gefunden. Die intransigente Haltung Englands in dieser Frage wird als höchst merkwürdig bezeichnet.

Vorläufig keine Verhandlungen mit Polen.

Berlin, 20. November. Die Meinung eines Berliner Blattes erweist den Anzeigen, als ob die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen in Kürze wieder aufgenommen werden würden. Demgegenüber wird von zuständigen Stellen darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen innerhalb des Kabinetts über die Fortführung der Verhandlungen mit Polen noch nicht abgeschlossen seien, so daß auch von einer Wiederaufnahme der Verhandlungen noch keine Rede sein könne.

Dem deutschen Botschafter in London wurde Mitteilung von einer englischen Note an die Alliierten über die Reparationsfrage gemacht. Eine endgültige Antwort an die Reichsregierung ist erst nach längerer Verhandlung der Alliierten zu erwarten.

Die Heise Hoovers nach Südamerika.

Newport, 19. November. Der neugewählte amerikanische Staatspräsident Hoover schiffte sich heute mit dem Schiffschiff „Marland“ nach den südamerikanischen Staaten ein. Hoover ist von seiner Frau, seinem Sohn und dem Kommander Augustin Bearegard begleitet. Die Heise soll zunächst nach San Pedro aus nach Managua gehen, dann nach Panama, Peru, Chile, Argentinien, Uruguay, Brasilien und Cuba.

Musikini vertritt sich amerikanische Hilfe. Das italienische Rote Kreuz hat eine Spende des amerikanischen Rotes Kreuzes von 5000 Dollar zur Disposition für die durch den Ausbruch des Aetna-Gebirges mit der Begründung abgelehnt, daß die Hilfe von der italienischen Regierung angenommen werden muß, was mit dem 2. Musikini alle öffentlichen Sammlungen für die Aetna-Gebirgsregion verboten habe.

Die Feier des zehnjährigen Bestehens der Demokratischen Partei. Anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens veranstaltete die Demokratische Partei im „Kingsgate“ in Berlin eine Kundgebung, auf der Reichsvereinsamtsminister Dietrich und Reichstagsabgeordneter Schneider sprachen.

Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Paris. Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft befindet sich zur Zeit in Paris zur Teilnahme an der alljährlich stattfindenden Volltagung des Internationalen Eisenbahnerbundes.

Unruhen an der indisch-afghanischen Grenze.

London, 21. November. Wie aus Peshawar gemeldet wird, haben die in der Gegend von Datta-Zalalabad durch wilde Stämme hervorgerufenen Unruhen größere Ausdehnung angenommen. Der Verkehr auf der Straße von Datta nach Jellalabad ist infolge Zusammenstoßes zwischen Anhängern der Mohmands und der Afghans unterbrochen.

Freie und unbeschränkte Wahl in Rumänien.

Bukarest, 21. November. Der rumänische Innenminister hat an alle Kreislagen ein Rundschreiben erlassen, in dem er anordnet, daß die Wahl unbeschränkt sein müsse. Die Propaganda der Opposition müsse sich vollkommen frei entfalten können, da die nationale Bauernpartei die Freiheit der Wahl liege in ihrem Programm betont habe. Für Verträge gegen die Freiheit der Propaganda werden die Kreislagen persönlich verantwortlich gemacht.

Meuterei auf einem chinesischen Zerstörer.

Peking, 21. November. Wie aus Nanton gemeldet wird, kam es auf einem chinesischen Zerstörer zu einer Meuterei. Chinesische Matrosen machten unter Führung eines chinesischen Offiziers den Versuch, die rote Fahne auf dem Zerstörer zu hissen. Sie wollten dem Beispiel des russischen Panzerkreuzers „Potemkin“ folgen und die übrige Flotte mit sich reißen. Eine Befehlsgebung des Zerstörers konnte nur dadurch verhindert werden, daß die übrige Besatzung des Zerstörers die Oberhand auf dem Schiffe gewann. Die Meuterei wurden vom Kriegsrichter zum Tode verurteilt.

Hilfe der Landwirtschaft.

Die Mitglieder der Fraktion der Reichsnationalen Volkspartei im Preussischen Landtag haben den nachfolgenden Antrag eingebracht:

„Schleunigst Vorarbeiten nach werden am 15. Dezember d. J. 100 Millionen RM. Kredite des Reiches fällig, die durch Verrentung der Sechandlung und der Preussischen an die Landwirtschaft geleitet worden sind, am 31. Dezember d. J. 12 Millionen RM. Rentenabwidmungskredite und 80 Millionen RM. Kredite der Treuhandstelle (Rentenabwidmungskredite). Die Herausziehung dieser Summen aus der Landwirtschaft erscheint zeitig ausgeschlossen.“

Wir beantragen:

„Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß von Einziehung der genannten Kredite bis auf weiteres Abstand genommen und ihre Umwandlung in langfristige Realcredite in die Wege geleitet wird.“

Entschließung des Kirchenrats zur Konfessionsfrage.

Montag 29. Oktober 1928.

Der Kirchenrat hat von dem Schreiben des Evangelischen Oberkirchenrats an das Preussische Staatsministerium vom 23. Okt. 1928 — E. O. 1 8335/28 — Kenntnis genommen und tritt seinem Inhalt in allen Stücken bei.

Der Kirchenrat gibt seinen schärfsten Vorurteilen gegenüber der neueren Entwicklung der Konfessionsfrage und den in einem Konfessionsabstufungssatz an sich begründeten Gefahren Ausdruck. Insbesondere bezieht er sich auf die veränderte Stellung der verfassungsmäßig gleichberechtigten beiden christlichen Kirchen zum Schaben der evangelischen eine Verschlebung eintritt, die mit Sicherheit den funktionellen Frieden heben würde. Zu den einzelnen Bestimmungen der beschlossenen Vereinbarung mit der Kirche vom evangelisch-katholischen Standpunkt Stellung zu nehmen, bezieht sich der Kirchenrat vor, bis diese Nachrichten über den Inhalt dieser Vereinbarung vorliegen. Was bisher in der Presse davon bekannt geworden ist, kann die in evangelischen Kreisen herrschende, in den Beschläffen der General synoden von 1925 und 1927 zum Ausdruck gebrachte Beunruhigung nicht freigen.

Unabhängig hiervon aber muß der Kirchenrat für den Fall, daß die Staatsregierung eine vertragliche Regelung mit dem bürgerlichen Staat für unannehmlich hält, durch die katholischen Kirche eine besondere Sicherung für ihre Stellung gegenüber dem Staat gewährt wird, auch für die evangelische Kirche, die zwei Drittel des christlichen Volkes umfaßt, eine gleichzeitige vertragssmäßige Sicherung fordern. In der Beratung einer solchen Sicherung würde der Kirchenrat eine Beteiligung der Parität und der Gerechtigkeit erblicken müssen. Der Kirchenrat ist deshalb aufs Heftigste bestrebt, daß die mit den evangelischen Kirchen geführten Verhandlungen von Seiten des Staates gerade in dem Zeitpunkt eingeleitet werden, in dem die Verhandlungen mit der Kirche baldigsten Abschluß entgegengeführt werden sollen. Den staatlichen Organen ist bekannt, daß die Vertragswünsche der evangelischen Kirche das Wesen der Staatshoheit nicht im geringsten berühren und sich im Hinblick auf die finanzielle Lage des Staates durchaus in den Grenzen halten, die durch die Lebensinteressen unserer Kirche gegeben sind.

Der Kirchenrat hat die Lage für so ernst angesehen, daß er in Verfolg des Beschlusses der General synode vom 12. Mai 1927 seinen Vorlesenden ermächtigt hat, die General synode unverzüglich einzuberufen, sobald es ihm nach der weiteren Entwicklung der Verhältnisse angezeigt erscheint.

*) In diesem Schreiben hat der Evangelische Oberkirchenrat den schärfsten Vorurteilen des evangelischen Volksteiles gegenüber einem Konfessionsabstufungssatz gegeben und für den Fall, daß ein Konfessionsabstufungssatz nicht zustande kommen sollte, mit großem Nachdruck die evangelische Kirche eine gleichzeitige vertragssmäßige Sicherung entsprechend vertragssmäßige Sicherung gefordert.

Aus der Umgegend

Neuba, 22. November.

— Vom Gemischten Chor. Für nächsten Mittwoch bereitet unser Gemischter Chor einen Abendabend vor, der eine reiche Auswahl der schönsten Volkslieder des deutschen Lieberfranzes bringen wird. Als Mitwirkende werden außer dem Gemischten Chor noch genannt als Solisten: Frau Dora Nodenberg (Sopran), Kantor Schollmann (Bariton); ferner werden ihre Können dem Verein zur Verfügung stellen der Volksstanzkreis Neuba und unser Städtisches

Gefreit ohne Liebe

Roman von Erich Ebenfeld.

24. Fortsetzung. **Da meinst?** fragte Frau Gerda erschrocken. **Ich bin doch nicht blind, Sanktens!** Er ist tiefend verlehrt in Vertikals roten Latentopf und sie nicht minder in ihm! **Aber das wäre ja schrecklich!** Was soll daraus werden? Das fehlte noch, daß sie unsere Namen ins Gerode drückt! Wenn Hanns etwas Derartiges macht! **Sie unterdrückte sich auffrischend.** **Kam da nicht jemand?** Mir war, als hörte ich die Tür gehen? **Ich habe nichts gehört, Sankten.** Hebrigens wer sollte es sein? Die Steinböden kommen nicht ungerufen, Britta ist noch nicht da und Hanns kommt jetzt erst spät abends vom Büchergang heim. **Das ist wahr.** Und ich bin jetzt froh, daß Hanns sich wenigstens durch die Jagd etwas zerstreut. Das wird ihm abtun. Es wäre wirklich schrecklich, wenn er etwas merkte von Britta und von diesem Gerden! **Ich schloß nur, Sankt Gerda, er hat schon gemerkt und dies ist mit ein Grund zu seiner Verhüllung.** Von einer ungeliebten Frau auch noch betrogen und der Väterlichkeit preisgegeben zu werden, kann auch den gelassensten Menschen zur Verzweiflung bringen! **Ich begreife nur diesen Sternbach nicht!** Wie kann er es wagen, Britta zum Gegenstand seiner Huldigungen zu machen! **Das Frauen, die von ihren Männern vernachlässigt werden, sind immer freimüßig für andere.** **Armer Junge!** Und in seiner ersten Ehe lernte er nichts als Glück kennen! Sein Wunder, daß er Alma nicht vergessen kann! Lieber, was ist denn dieser Sternbach eigentlich, daß er sich gleich auf Wochen und Monate hier in Magdeburg fest bringen kann? Es heißt ja, daß er sogar den Winter hier verbringen will? Hat er denn kein Amt?

Drehter. Es ist zu wünschen, daß jeder, der an der Musikpflege in unserer Stadt mitwirken möchte, sich den nächsten Mittwochabend freihält.

— **Verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis nach Naumburg transportiert** wurden am Dienstag zwei biesige Einwohner (Otto Wege, 60 Jahr, und Willi Edmann, 40 Jahr alt). Neben wird zur Last gelegt, sich an einem 7 1/2 Jahr alten Mädchen fittlich vergangen zu haben. Die Empörung unter der Gmündererschaft über dies Verbrechen ist allgemein.

— **Zur Beachtung.** Zur Vermeidung von unliebsamen Vorfällen und unbeschäftigten Alarmierungen des Feuerfallkommandos wird darauf hingewiesen, daß das Überfallkommando der hiesigen Polizeiverwaltung Verleugung-Weisensfelds-Geiß nach Orten außerhalb des Ortsbezirks nur dann zur Hilfeleistung entsandt wird, wenn die Anforderung durch den zuständigen Landrat oder einen Landjägerbeamten erfolgt.

Querfurt. In der Nacht zum Montag ereignete sich auf der Straße nach Barnstädt ein schweres Motorradunfall. Die Motorfahrer Inspektor Mittelstraß und Hofmeister Scherner aus Götterndorf, die von einer Tour zurückkehrten, hatten aus bis jetzt noch ungeklärten Ursachen einen schweren Sturz. Der auf dem Rücksitz des Wagens sitzende, etwa 55 Jahre alte Hofmeister Scherner wurde mit großer Wucht auf das Straßenpflaster geschleudert und erlitt so schwere Verletzungen, daß er wenige Minuten nach dem Unfall verstarb. Der Fahrer Mittelstraß kam mit leichten Verletzungen davon.

Weißensfeld. Ein unglücklicher Schuß. Als der Sohn des Landwirts Anton Kögel aus dem benachbarten Angewerben vom Felde zurückkehrte und den väterlichen Garten betrat, fiel plötzlich ein Schuß. In die Brust getroffen, kam der junge Landwirt, der kurz vor seiner Verheiratung stand, schwer verletzt zu Boden und mußte sofort ins Krankenhaus transportiert werden. Ein Arbeiter, der im Nachbargarten nach Sperlingen schloß, hatte den unglücklichen Schuß abgegeben.

Naumburg. Vom Sösa getroffen. Der Stadtführer Heinrich Holsheid war bei einem Dienstgange von einem Schlaganfall betroffen worden und wurde in seinem Atelier aufgefunden, von wo er nach Hause getragen wurde. Holsheid ist lange Jahre in hiesigen Diensten und erzeuht sich infolge seines korrekten, liebenswürdigen Wesens der Achtung der Allgemeinheit, so daß ihn hiesige Organe mit der höchsten Ehrerbietung auszeichnen. Er starb am 20. d. M.

Salze. Doppeltöchter. Die 70 Jahre alte Witwe Knoll und ihre 32jährige Tochter Hedwig wurden in ihrer Wohnung in der Mittelstraße 5 von Vorkantanten an den Fensterrahmen erhängt aufgefunden. Die beiden Frauen haben aus naheliegenden den Tod gesucht. Ein kleines Tabakwarengeschäft, das sie betrieben, brachte ihnen nicht mehr den notwendigen Lebensunterhalt.

Wittenfeld. Vom Juge ergriff. Auf dem hiesigen Personenbahnhof ereignete sich ein bedauerlicher Unglücksfall. Kurz vor Bahnhofs des Juges 5, der um 20.12 Uhr Leipzig verließ, wollte der in der Wagonenabfertigung beschäftigte hiesige Eisenbahner Schindler das erste Gleis von der Gerüstabfertigung aus überqueren, um auf den ersten Bahnsteig zu gelangen. Im leichten Augenblick kam der Juge 5 herangebraucht, ergriffte Schindler mit dem einen Fuß und schleuderte ihn gegen die Wand, wo er mit einem schweren Schlädelbruch, der den sofortigen Tod zur Folge gehabt haben muß, liegen blieb. Schindler galt als ein tüchtiger und treuer Beamter, der bereits 35 Dienstjahre hinter sich hatte.

Königs. Verheerendes Verbrechen. Infolge des heftigen Sturmes brach in der Nacht vom 22. auf den 23. Oktober in den Umkleituben zwei Wäse von etwa 25 Zentimeter Durchmesser ab. Ein Auto, das in Richtung Bad Naumburg fuhr, überfuhr einen derartigen Wäse. Glücklicherweise ohne ernstlichen Schaden zu nehmen. Die herabfallenden Wäse durchdrangen einen eiserne Gartenzaun. Es mußten erst Hilfskräfte aus der Stadt geschickt werden, die die Verkehrsperre beseitigten. Inzwischen mußten zwei schiedene Autos einen unrechtmäßigen Aufenthalt nehmen. Außerdem verurteilte der Sturm mehrere Fensterhebelbrüche.

Bad Berna. Was der Sturm anrichtete. Der in der Nacht herpörende Sturmwind hat an zahlreichen Gebäuden und in der Stadt erheblichen Schaden angerichtet. Der gegen 22 Uhr schlagartig einsetzende Sturm, der nur kurze Zeit währte, war besonders schädlich. Die dem Landwirt Müller gehörige Nelböhme, die in der Zugrichtung des Sturmes lag, wurde vollständig abgedeckt und die Bretter Hunderte von Meter weit, bis zur Bahnlinie nach

Weimar, fortgeführt. Ein Auto, das während dieser Zeit von Weimar nach Bad Berna fuhr, wurde von der Straße abgedrängt und stürzte um. Während die Insassen mit dem Schrecken davon kamen, wurde der Wagen erheblich beschädigt. Allem Ungeheuer nach hat der Sturm auch in den Parteien erheblichen Schaden angerichtet. Der Sturm beschädigte auch die Autogasse einer hiesigen Firma schwer.

Bad Frankenhausen. Eingeminer Ueberfall. Der 20jährige Schlossermeister Paeler laurierte seinen Bekannten auf, als Paeler auf dem Heimweg nach dem Dorfe Weide gerieten in Vortwiesel, wobei Paeler mit einer Faustkeule auf Paeler einwirkte und ihn im Gesicht verletzte. Der Angegriffene wachte sich mit dem Taschenmesser und Paeler verletzte Paeler damit leicht. Paeler wurde ins Bezirkskrankenhaus Bad Frankenhausen eingeliefert.

Bad Frankenhausen. Schwer verbrüht. In das heiße Wasser des Waschkessels fiel ein benachbarten Eimer. Dieser das dreijährige Söhnchen des Landwirts Franz Die Wutter konnte das Kind noch losfangen, daß es nicht ganz verbrüht wurde, immerhin jag es sich an beiden Beinen schwere Verletzungen zu. Es mußte ins Bezirkskrankenhaus geschickt werden.

Salze a. d. S. Eingehemissoller Todesfall. Hier wurde ein angesehener Landwirt unter dem Verdacht seinen Schwager ermordet zu haben, verhaftet. Der fast achtzigjährige Schwager, der mit dem Gemüht seines Schwiegerheimes wohnte, lagte in den letzten Tagen wiederholt über schlechte Behandlung und äußerte am Tage vor seinem Tode, er gehe nicht gern nach Hause, da er fürchte, er werde die Treppe hinuntergestürzt. Zufällig kam er am nächsten Tage durch einen Sturz von der Treppe ums Leben. Der Staatsanwalt hat die Verhe beklagt.

Wittenfeld. Die Zigarette im Bett. Durch einen eigenartigen Unfall wurde der 21jährige Sohn des Konditors Braune in Wittenfeld aus dem Leben gerissen. Der junge Mann kam nach Hause, steckte sich noch eine Zigarette an und begab sich ins Bett. Er schlief ein, das Bett war mit Zigaretten Feuer. Zaubrig entwickelte sich harter Rauch im Zimmer, so daß Braune erstickte.

Neuhaldensleben. Diebstahl Chausseur. Der bei dem Gastwirt Zapf-Planen beschäftigte Kraftwagenführer F. Wähle am Morgen seiner Abreise — ihm war gefällig geworden — aus einer Kasse 300 Mark. Als er zurückkehrte, um seine Sachen abzuholen, wurde er von den Wächtern erwischt und ergriffen. Diebstahl des gefüllten Geldes wurde ihm angedeutet. Es wurde festgestellt, daß F. nach und nach 600 bis 700 Mark entwendet hat.

Schneidlingen. Auf den Schienen. Der Schuhmacher Fritz L. von hier verlorste auf der Bahnstraße Heddingen-Br. Wärsche sich von dem 8.45 Uhr von Pr. Wittenfeld kommenden Güterzuge trennen zu lassen. Von der Schuttrichtung der Lokomotive wurde er jedoch zur Seite geschleudert. Mit schweren Verletzungen schleppte er sich bis zum Dorfingang von Pr. Wärsche, wo er beauftragt zumalmenbrach.

Eisenach. Eisenbahnunfall. Auf dem an der Strecke Eisenach-Schwege gelegenen Bahnhof Schwebda fiel ein von Schwwege kommender Güterzug auf einen halboffenen Personenzug auf, wobei eine Anzahl Güterwagen entgleisten. Acht Reisende erlitten leichtere Verletzungen und Nervenschicksal. Die Aufräumungsarbeiten an der Strecke waren bald beendet. Der Materialschaden ist nicht bedeutend, da die beiden Maschinen beschädigt wurden.

Aus Naß und Fern.

Leipzig. Chudrama. In Pirna fand man in der ehemaligen Kriegerkaserne den kommunistischen Stadtvorstandes Mannmann und seine Frau mit schweren Schwereverletzungen in der Küche ihrer Wohnung auf. Bei Mannmann war der Tod schon eingetreten, die Frau wurde in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus gebracht. Nach den bisherigen Feststellungen ist anzunehmen, daß die Ehefrau die tödlichen Schüsse auf ihren Ehemann abgegeben und dann die Waffe gegen sich selbst gerichtet hat. Die Ursache für diesen Familientrag ist in einem Gespräch zu suchen.

Chemnitz. Habritzelberger Philipp. Am unter vom 6. d. M. hat nach dem Donnerstag nach der Habritzelberger Viktor Oscar Philipp, Ehrensenator der Universität Leipzig und Ehrenvorsitzender des Chemnitzer Bezirksverbandes deutscher Metallarbeiter. Er gehörte auch 17 Jahre dem Stadtvorstandeskollegium an, dessen Vorsteher ihm in der Sitzung am Donnerstag einen warm empfundenen Nachruf widmete.

mir durchbleibt, sollte ich am besten wissen, daß mein Herz tot ist. ... **Ansinn!** Es gibt nirgends im Leben etwas wirklich Todes. Alles erlischt wieder. Am ersten das Herz eines geliebten Mannes in der Volkstraß seiner Jahre. Alma ist jetzt über vier Jahre tot. ... **Wir nicht!** Wir wird sie ewig lebendig, ewig gegenwärtig bleiben! Sie beherzigt heute wie einst all mein Gefühl und Denken! ... **Darum** befindet du dich einfach in einem trübsinnigen Zustand. **Ansinn!** Du meinst, ich bin ein dummes Mädchen, das dich nicht liebt, nicht liebt, nicht liebt dich und mag dich auch glücklich — aber all dies zugegeben, was sie doch nie und nir. ... er befragt, einen Mann wie dich dauernd auszuhalten. Sätze je länger gelebt, würdest du das eines Tages selbst erkennen haben! ... **Das** war damals in Wien gewesen. Jetzt in Aachen wurde sprach Herr von Erkel noch viel schärfer. Denn er hätte inzwischen Sternbachs Liebe für Britta erkannt und hätte sich — im Gegensatz zu seiner Frau — verpflichtet, Heiber zu warnen. **Erst** gehen wieder. ... **Es** scheint mich gar nicht anzugehen, was er gesagt, daß du deine Frau immer anberst. Denn er überläßt dir nicht, daß du sie nicht liebst, welche Schlüsse diese andern Leute daraus ziehen! ... **Da** war Heiber aufgefahren wie ein angepöppeltes Eber. ... **Was** willst du damit sagen? ... **Genu,** was die Worte bedeuten: daß andere Mut bekommen müssen, eine solche Frau erben zu wollen — wenn ihr Mann je hets sich selbst überläßt! ... **Das** Wort sagte ich in Heiber seit mit tausend Wiederholungen und ging ihm auch jetzt beizühändig im Kopf herum, während er im Sturzwinkel den Stroh erwarcte. ... **Trotzdem** hatte er die heutige Einladung wieder ausgeführt. Diesmal aus Furcht vor sich selbst. Denn er fürchte, Sternbachs Britta wieder nicht vor der Seite ganz, würde er nicht Herr seiner selbst bleiben können. (Fortsetzung folgt.)

Dresden. Der Tod eines Fliegers. Der bei Dresden im Sturme der neungläubigen Segelflieger, der Jagenteufelwürger Wolfgang Kohnig, ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Kohnig gehörte der akademischen Fliegergruppe der Technischen Hochschule zu Dresden an und war eine der größten Hoffnungen der Jungfliegermannschaft. Beim dreißigjährigen Höhenflug hatte er mit einer Dauerflughöhe von 4 Stunden 7 Minuten sehr gut abgeschrieben.

Dresden. Mörderischer Chauffeur. Der Schloffer Alfred Borsdorf ist mit einem ihm anvertrauten Personentransportwagen aus Dresden flüchtig gefahren. Es handelt sich um einen Schwärzlerwagen 11 557 mit dunkelgrüner Karosserie. Sollte Borsdorf oder das Auto irgendwo auftauchen, wird um schnellste Benachrichtigung der nächsten Polizeidienststelle gebeten.

Bautzen. Herzschlag. In der Nacht wurde ein beschwerlich hier aufhältlich gemessener 29 Jahre alter Herr aus Görlitz nach genommenem Bade in im Baderaum des von ihm bewohnten Hauses aufgefunden. Nach den ärztlichen und polizeilichen Feststellungen ist der Tod infolge Herzstillstandes eingetreten.

Mauen. Der Komplik. Vor einigen Tagen wurde bekanntlich in Grimmlitz ein großer Gewittersturm beobachtet. Einer der Täter, der frühere Kaufmann Heine aus Berlin, konnte kurz nach der Tat am Verdauer Hauptbahnhof festgenommen werden. Die polizeilichen Ermittlungen, die sofort aufgenommen wurden, haben ergeben, daß es sich bei dem Komplizen, der als Haupttäter anzusehen sein dürfte, um einen gewissen Erich Hildebrandt, 1900 in Dresden geboren, handelt. Nach dem Einbruch in Grimmlitz tauchte Hildebrandt in Berlin auf, begab sich dann aber wieder nach dem Vogtland. Jetzt konnte er in Mauen festgenommen werden. Es wird angenommen, daß auch eine Reihe anderer Goldwäscherbetriebe auf das Konto der beiden Festgenommenen kommen.

Schwarzenberg. Neubau eingestürzt. Im Neubau des Bergwerksverbandesgebäudes kürzten etwa 200 Arbeiter einen Wand ein. Zum Glück wurde niemand verletzt. Die Untersuchung ist im Gange.

Samburg. Ueberfall auf eine Sportabteilung. Die Reichsbanner durch Kommunisten. Wie die Polizeibehörde mitteilt, wurden am 20. d. M. Angehörige einer Sportabteilung des Reichsbanners aus sie die Turnhalle in der Grundstraße verlassen wollten, von etwa 50 Kommunisten angefallen und mit Schlägern, Gummistöcken, sowie Faustschlägen mißhandelt. Aus den Reihen der Täter fielen auch fünf Schüsse, die, soweit bekannt, ihr Ziel verfehlten. Die Ueberfallenen erlitten zum Glück nur leichtere Hiebverletzungen. Die Täter flüchteten als Polizei erschien, doch dürfte ihre Ermittlung bezweifelhaft sein.

Samburg. Vater und Sohn in der Ehe ertappt. Zwei Altenweber Fischer, Vater und Sohn, die beim Fischen auf der Elbe vom Sturm überfallen wurden, sind ertappt. Die Leiche des Sohnes ist bereits geborgen worden.

Samburg. Die Ueberflutungen in der Ebniederung. Wie bisher festgestellt werden konnte, haben die Ebniederung bei der letzten Sturmflut an vielen Stellen dem starken Anprall der Wellen nicht standhalten können. Besonders groß sind die Schäden und Deichbrüche in dem Ueberebiet zwischen Sorgemündung und Rensburg. An etwa 14 Stellen sind hier die Deiche gebrochen zum Teil auf 60 bis 70 Meter Breite.

Wippertsh. Blutiger Zwischenfall. Hier kam es zu einem blutigen Zwischenfall. Mehrere junge Burshen, die von dem Landjäger Pfing wegen Ueberstreichung der Polizeistunde aus einer Wirtshaus herausgeworfen wurden, besaßen bei dem Vorfall mit einem Mann, der wiederum in der Wirtshaus mit dem Steinwerfen aufzuführen, leisteten die Burshen keine Folge. Der Beamte gab daraufhin einen Schuß ab und traf dabei einen 20 Jahre alten Landwirt so unglücklich, daß dieser tot umfiel.

Selbstmord eines Terianers.

Ein neuer Schülerelbstmord befaßigt die Wilmersdorfer Kriminalpolizei. Der 15jährige Oberterianer Heinz Riehoff, der Sohn einer Zeitungs- und Konfektorenkaufmann, hat sich in der Wohnung seiner Mutter, in der Berliner Straße 101, Wilmersdorf, durch einen Revolvererschuss in die Schläfe das Leben genommen. Soweit bisher festgestellt werden konnte, ist das Motiv der Tat des jungen Mannes darin zu suchen, daß er keine Aussicht hatte, zu einem in eine höhere Klasse vorzuleiten zu werden.

Politischer Mord?

Nach einer Sittlerversammlung wurde der Nationalsozialist H. G. Kattmeyer im Landwehrkanal mit schweren Verletzungen tot aufgefunden. Nach den Feststellungen ist der Tod durch Ertrinken eingetreten. Ferner ermittelte die Kriminalpolizei, daß sich Kattmeyer nach der politischen Rundschau mit verfeindeten Arbeitern vergewaltigt hatte. Dabei wurde ihm maßgeblich das Kalenbein eingesetzt und sonstige Verletzungen zugefügt. Die Nationalsozialisten glauben, daß es sich um einen politischen Mord handelt und haben deshalb zur Aufklärung 1000 Mark Belohnung in Aussicht gestellt.

1200 Arbeiter durch Wassermangel brotlos.

Schwere Folgen der Trockenheit. Die Stadterhaltung in Barmen, die infolge des durch die lange Trockenheit hervorgerufenen Wassermangels, zur Nationalisierung des Wasserwerks hatte schreiben müssen, hat der bekannten Rumpelkammerfirma Söllens (Seite 6. m. 6. S.) in Barmen folgenden Wasserbescheid erlassen, da die Firma trotz wiederholter Bemerkung die ihr zuzuschreibende Wassermenge erheblich überschritten hat.

Die Firma hat sich durch diese Maßnahme gezwungen gesehen, ihre Betriebe vollkommen stillzusetzen. Es werden hierdurch etwa 1200 Arbeiter betroffen. Es sind jedoch Verhandlungen eingeleitet, um den Streit mit der Stadterhaltung beizulegen.

Große Ueberflutungen in Missouri und Kansas.

Nach Meldungen aus Newport sind die Staaten Missouri und Kansas erneut von schweren Ueberflutungen betroffen, die den Verkehr unterbrochen und bereits großen Schaden angerichtet haben. Die Zahl der Verluste an Menschenleben wird einwärtlich mit sieben angegeben. Etwa 1000 Menschen sind durch die Ueberflutungen des Missouri und seiner Nebenflüsse obdachlos geworden.

Wieder ein neues Attentat in Mufden.

Marzshall Tshanghjuetung ermordet?

4 Tote, 21. November.

Wie die japanische Presse aus Mufden meldet, soll Marzshall Tshanghjuetung am Sonntag in Mufden ermordet worden sein. Eine Bestätigung dieser Nachricht von chinesischer amtlicher Seite liegt bis jetzt noch nicht vor. Auf sämtliche Anfragen bei der japanischen Vertretung in Mufden konnte man keine Bestätigung dieser Nachricht erhalten.

Kartuschenlager in die Luft geflogen.

Paris, 21. November.

Am Dienstag nachmittag flog in Vincennes bei Paris ein Kartuschenlager in die Luft. Das Lager befand sich in dem Festungsgürtel, der mit Truppen stark besetzt ist. Die Folgen des Unglücks waren fürchtbar. Sofort es gelang, bereits in den ersten Stunden 12 Tote zu seargeln, bereits in den ersten Stunden 12 Tote zu bergen.

Während des Unglücks sagte die französische Kammer. Als der Präsident von dem ereignisreichen Unglück Mitteilung machte, bemühte sich der Abgeordnete eine große Bestürzung.

Überall schwere Sturmschäden.

Auch viele Todesopfer.

Der Sturm, der in den letzten Tagen mit mehreren Unterbrechungen über einen großen Teil Europas raste, hat an zahlreichen Orten große Schäden verursacht. Die Gewalt des Windes war so stark, wie man es seit langer Zeit nicht mehr erlebt hatte. Besonders schlimm wurden Samburg und die Nordseeküste heimgesucht. Im Hafen verzeichnete man Sturmslut. Zahlreiche Bäume wurden entlaubt und Säuler abgedeckt. Die Uferdammwerke wurden völlig unter Wasser gesetzt, so daß viel Vieh ertrank. Das Fischerdorf „Meier“ wurde von seinem Standort ziemlich weit abgetrieben. Die dortigen Betriebe mußten eingestellt werden, teils weil die Häfen gefährdet waren. Nach einer Meldung aus Bremen hat ein dortiges Rettungsschiff 17 Personen von einem sinkenden Dampflinger gerettet.

Auch in Westfalen und in Münsterland verspürte man die Folgen des Sturmes. Bäume wurden abgerissen, zahlreiche Fensterheiser zertrümmert und weitere Verletzungen angerichtet. In Bielefeld wurde von einem Hause der Dachstuhl fast vollständig fortgerissen. Aus dem Saargebiet werden ebenfalls fürchterliche Schäden gemeldet. Viele Viehleistungen und fast sämtliche Fernsprechleitungen wurden vernichtet. In Prag und Gzer sind gleichfalls viele Dachschäden festgestellt worden.

Sehr heftig war der Sturm in England und besonders an den englischen Küsten. Hier sind viele Menschenleben zu beklagen. Auf See sind viele Schiffe gesunken. So ist eine zwölfköpfige Familie mit einer Segelacht ungelommen. Viele Telegraphenlinien nach dem Festlande wurden zerstört. In der holländischen Küste und in Holland selbst hatte man ebenfalls schwer unter dem Sturm zu leiden. Die Fischerzweige konnten viele Fischer, die mit ihren Booten noch draußen waren, gerettet werden, doch ist trotzdem noch eine große Anzahl von Menschenleben zu beklagen, die ein Opfer des Meeres geworden sind. Auch im Inland sind die Schäden sehr groß. Viele Häuser wurden abgedeckt und von den Trümmern eine große Anzahl von Menschen erschlagen.

ter wurden abgedeckt und von den Trümmern eine große Anzahl von Menschen erschlagen.

Aus Dänemark und Schweden kommen gleichfalls Berichte über schwere Sturmschäden. Die Fahrt der „Werner“ in die Ostsee mußte hien durch eingestellt werden, wodurch der direkte Verkehr Berlin-Ropenhagen unterbrochen wurde. Zahlreiche Schiffe wurden von den Tauen losgerissen und trieben willkürlich umher. Auch hier sind zahlreiche Todesopfer des Sturms zu verzeichnen.

20 Millionen Chinesen vor dem Hungertode. Neuer meldet: Nach den letzten im internationalen Anschlag zur Ermittlung der Hungertode in China eingegangenen Berichten sind 12 Millionen Menschen im mittleren und nördlichen China vom Hungertode bedroht. Man fürchtet, daß diese Zahl auf 20 Millionen anwachsen wird, wenn die Not den Gipfelpunkt erreicht. Der Hilfsausschuß beharrt zur Milderung des Leidens einer Summe von mindestens 40 Millionen merikanischer Dollar.

8 russischer Bischöfe zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist in Rußland der Prozeß gegen den russischen Bischof Arseni beendet worden. Das oberste Gericht verurteilte den Bischof zu sechs Jahren Zuchthaus und ewiger Verbannung nach Sibirien. Der Bischof wurde eines Sittlichkeitsverbrechens beschuldigt, hat aber sowohl in der Voruntersuchung als auch bei der Gerichtsverhandlung selbst keine Schuld abgelegt und erklärt, daß diese Beschuldigung nur erfunden wurde, um die Kommunisten in Rußland nicht ruhe lassen zu können.

Tragischer Tod eines russischen Ingenieurs. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist der Leiter des transsibirischen Büros für Sibirien, Ingenieur Waldschmidt, auf tragische Weise ungelommen. Als der Ingenieur aus einer leichten Eisenbahn einen Wagen aus der Kurve bringen wollte, glitt er aus und wurde von der reißenden Strömung mitgerissen, wobei er den Tod fand. Waldschmidt war einer der tüchtigsten Ingenieure der Sowjetunion und hatte viele wissenschaftliche Werke verfaßt.

20 Todesopfer der Ueberflutungen in Missouri und Kansas. Die Ueberflutungen in den Staaten Missouri und Kansas haben nach Meldungen aus Newport der Landwirtschaft großen Schaden zugefügt. Bisher wurden zehn Todesopfer der Hochflut gemeldet. Tausende von Küstlingen ziehen nach den höher gelegenen Gebieten.

Der Deutsche Rundfunk
- weitersagen!
ist führend in allen Rundfunkfragen

Die größte Funkzeitschrift - bringt wöchentlich alle ausführlichen Programme der in- und ausländischen Sender

Heft 50 Pf., Monatsbezug RM 2.- / Man bestell bei Postamt oder einer Buchhandlung / Probeheft umsonst vom Verlag Berlin N24

Auf den Weihnachtstisch
einer jeden musikalischen Familie gehört auch ein gutes

Weihnachts-Album

Zwei der empfehlenswertesten:

Für Klavier
Bearbeitet von Alfred Kleinpaul
Neue vermehrte Auflage!
Prachtvolle Ausstattung mit 6-farbigem Titel, reicher Goldausstattung und buntem Innenleiste.

Für Violine/Klavier
Bearbeitet von Arthur Seybold
Mit farbenprächtiger Titel-Ausstattung!

29 der beliebtesten Lieder, Melodramen, Fantasien, (Größtenteils mit Text)

23 der beliebtesten Lieder, Fantasien usw. (Größtenteils mit Text)

INHALT:

1. Weihnachtsliedchen (Süßer die Glocken)
2. Morgen, Kinder, wirds geben
3. Morgen kommt der Weihnachtsmann
4. Der Traum (F. Reichardt)
5. Dies ist der Tag
6. Alle Jahre wieder
7. Ehre sei Gott in der Höhe
8. Die Kinder b. d. Krippe (H. Kinder, kommt)
9. Gebet an den heiligen Christ
10. O Tannenbaum
11. Lied der Engel (H. Hirtel erwacht)
12. Lobt Gott, ihr Christen allezeit
13. Es ist ein Reis entsprungen
14. Silb' Nacht, heilige Nacht
15. O du fröhliche, o du selige
16. In der Christnacht
17. Ich bete an die Macht der Liebe
18. Tochter Zion freud dich
19. O Tannenbaum
20. Fröhliche Weihnacht überall
21. Melodram: „Kind Jesus ward z. Welt gebracht“
22. Melodram: „König wandern“ (N. Mendel)
23. Fleischmann, Op. 39, Weihnachtsstraum Fantasie für Piano
24. A. Sartorio, Fröhli. Weihnachtslied, Fant. f. Piano
25. A. Sartorio, Am Weihnachtsabend, Fant. f. Piano
26. A. Kranz, Op. 28, Nr. 1, Die Hirten auf d. Felde, Weihnachtslied für Piano
27. E. Paul, Op. 19, Heil. Nacht, Weihnachtslied, f. Piano
28. Des Jahres letzte Stunde
29. Langé, Op. Nr. 2, Zu Weihnachten, Fantasie für Piano

Preis RM. 2.25

INHALT:

1. Dies ist der Tag, den Gott gemacht
2. Ehre sei Gott in der Höhe
3. Der Weihnachtsmann
4. Alle Jahre wieder
5. O du fröhliche, o du selige
6. Die Kinder bei der Krippe
7. Wie bricht der Weihnachtsmann
8. Weihnachtsfreude
9. Morgen, Kinder, wirds geben
10. Der Traum
11. Der Christbaum
12. Fröhliche Weihnacht
13. Am Weihnachtsbaum die Lichter brennen
14. O Tannenbaum
15. Silb' Nacht, heilige Nacht
16. Weihnachtsliedchen
17. Es ist ein Reis entsprungen
18. Ihr Hirten, erwacht
19. Tochter Zion
20. Gebet
21. Nach der Christmette, Improvisation
22. Weihnachtsstraum, leichte Fantasie
23. Christfest, Weihnachtsfantasie

Ausg. Violine und Klavier RM. 2.50
Violine (Solo) 1.20
Violine II und Cellobegleitung 1.20

Zu beziehen durch jede Musikalien-, Instrumenten- und Buchhandlung oder direkt vom Verlag

Anton J. Benjamin, Leipzig C 1, Täubchenweg 20

GESCHÄFTS BÜCHER

J. KRÖNINGERBARDT
VERLAG
HANNOVER

sowie Fabrikate jeder anderen Geschäftsbücherfabrik liefert die Buchh. Wilh. Sauer, Röllchen.

Die Funkanlage des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ ist mit

Peritrix-Anodenbatterien
ausgerüstet. Folgen Sie dem Fachmann! Nehmen auch Sie nur

Peritrix-Anodenbatterien
Größte Lagerfähigkeit
Unerreichte Betriebsdauer
Franz Fürstmann
Röllchen

10 Giderfettkäse 20%
9 Pf. = Mk. 6.30 franko
Dampfmilchfabrik Rensburg.

Drucksachen
für Handel, Gewerbe und Industrie
fertig an
Buchdruckerei W. Sauer
Röllchen.

Nebröer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mt.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Köpchen. Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpchen.

Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35. Fernsprecher: Amt Köpchen Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 20 Pf. Anzeigenannahme an Budtagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bantverein Arien.

Nr. 138

Donnerstag, den 22. November 1928

41. Jahrgang

Strefemann spricht...

Ueber Räumung, Reparationen und Abrüstung.

— Berlin, 20. November.

Bei der Eröffnung der Montagssitzung des Reichstages zeigte das Haus wieder das Gepräge eines besonderen Tages. Am Regierungstisch saßen Reichsaussenminister Dr. Strefemann und weitere Mitglieder des Kabinetts. In der Diplomatenloge bemerkte man zahlreiche Vertreter fremder Mächte. Auf der Tagesordnung stand die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die am 17. d. M. in Brüssel in Verbindung mit der Beendigung von Unterredungen und Unterhandlungen über Angelegenheiten des besetzten Gebietes.

Präsident Göbke erklärte sofort dem Reichsaussenminister Dr. Strefemann das Wort und erklärte, es gereiche ihm zur Freude, dem nach langer Krankheit gesunden Reichsaussenminister das Wort erteilen zu dürfen.

Reichsaussenminister Dr. Strefemann

begann seine Rede mit einem Dank an den Reichstag, der ohne Zögern jene Bitte erfüllt habe, an Stelle des beschiedenen Außenministers die deutsche Delegation in Genf zu führen. Mit meinem Dank, so erklärte der Minister weiter u. a., möchte ich die Erklärung verbinden, daß ich für alle Schritte, die von Deutschland in den letzten Monaten auf außenpolitischem Gebiet getan worden sind, meinerseits die volle Verantwortung zu übernehmen. Besonders drei große und lebenswichtige Fragen der Außenpolitik möchte ich in den Mittelpunkt meiner heutigen Erklärung stellen:

Die Frage der Räumung der besetzten Gebiete, die der Abrüstung und vor allem die der Lösung der Reparationsfrage.

Die deutsche Regierung hat vor der diesjährigen Wollerversammlung die beteiligten Regierungen unterrichtet, daß sie beabsichtigt, in Genf die Räumungsfrage offiziell aufzunehmen. Nicht nur Deutschland, sondern weitestenteils alle Staaten empfanden die Bedeutung der fortwährenden Anwesenheit fremder Truppen auf deutschem Gebiete als einen traurigen Gegenatz zur Entwicklung der internationalen Politik in den letzten Jahren (lebhaftes Zustimmung). Wir brauchen und brauchen daher auch heute nicht zu befürchten, daß etwa eine negative Klärung der Lage für die internationale Stellung Deutschlands irgendwie von Nachteil sein könnte. Ueber den Verlauf der Genfer Verhandlungen

in dieser Beziehung ist alles wesentlich in der Öffentlichkeit bekannt. Ueber die Beurteilung des Ergebnisses sind wir uns wohl einig; es war für das deutsche Volk eine tiefe Enttäuschung, daß wir mit unserem Anspruch in Genf nicht durchgedrungen sind (lebhaftes Zustimmung). Unsere Verhandlungsgegner haben eine Auffassung vertreten, die wir nicht anerkennen können. Deutschland wird in seinem Rechte verletzt, solange dieser Anspruch nicht erfüllt ist. Keineswegs können wir die Räumung mit Gegenleistungen finanzieller Art erkaufen. Ich stelle mit Genugtuung fest, daß noch vor wenigen Tagen auch von maßgebender britischer Seite grundsätzlich anerkannt wurde, daß Räumungs- und Reparationsfrage zwei völlig getrennte Dinge sind (lebhaftes Zustimmung). Die freundschaftlichen und zum Teil herzlichen Worte an Deutschland verlieren ihr Echo in Deutschland, wenn die moralische Fundierung fehlt, die durch die Anwesenheit der fremden Besatzungen verhindert wird. Der Minister erwähnte die französischen Minderheiten auf deutschem Gebiet und erklärte:

„Ich bin, daß auch andere Länder einen

colorchecker CLASSIC color checker chart with 24 color and grayscale patches, used for color calibration in printing and photography.

Reparationsfrage.

Aus diesem Plan ergebe sich, daß die letzte Entschließung über die Reparationsfrage auf Grundlagen ruhen müsse, die frei von politischen Gesichtspunkten und nur beruhend auf wirtschaftlichen Zusammenhängen zu finden seien. Die Freiheit der Entscheidung über die Vorläufige der Sachverhältnisse muß natürlich den Regierungen gewahrt bleiben. Erst wenn die Sachverständigen gesprochen haben werden, kann die Frage erörtert werden, wie sich nach deutscher Auffassung auch die endgültige politische Lösung im einzelnen denken ließe. Einsetzen kann sich die Reichsregierung auf den allgemeinen Grundsätzen, daß von einer wirklichen Lösung der Reparationsfrage nur gesprochen werden kann, wenn sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht übersteigt, das heißt wenn sie uns die Erfüllung unserer Verpflichtungen dauernd aus eigener Wirtschaftskraft und ohne Gefährdung der Lebenshaltung unseres Volkes ermöglicht (Zustimmung). Der Gedankenaustausch zwischen den Regierungen über die Durchführung der Sachverständigen-Kommission ist noch im Gange. Hoffentlich wird er bald ein befriedigendes Ergebnis haben. Denn solange diese Endlösung der Reparationsfrage fehlt, besteht eine gefährliche Unsicherheit für Wirtschaft und Finanzen. Zum Schluß seiner Ausführungen feierte der Minister noch die Bedeutung des am 27. August in Paris unterzeichneten Kellogg-Paktes. Der Pakt löse nicht nur den Frieden zwischen den Völkern einander näher bringen und schließ getrennte Kontinente zu fruchtbarer Arbeit zusammenführen (lebhaftes Beifall).

Abgeordneter Graf Westphal (DnL)

erklärte, die an den Namen Locarno, Genf und Thoiry geknüpften Hoffnungen und Erwartungen nicht habe den erwarteten Erfolg nicht gebracht. Die Episode der sogenannten Locarno-Politik sei abgeklungen. Frankreich besitze Deutschlands Sicherheit. Es feiere keine Küstungen in Ungewissene. Gemeinsam mit England veranlasse Frankreich auf deutschem Boden Manöver von ungeheuren Ausmaß und verlange, daß die Kontrolle über die Entmilitarisierung einer Zone bis 50 Kilometer westlich des Rheins verweigert werde. Die letzten Verhandlungen hätten gezeigt, daß vom Völkerverbund hinsichtlich der Abrüstung nichts mehr zu erwarten sei. Auch Pariser, die Träger der Locarno-Politik waren, haben erklart, daß die fremden Truppen nicht ohne einen definitiven Schluß gemacht haben. Den Willkür des Genfer Abkommens über den Eintritt in neue Verhandlungen können wir nicht zugeben. Der Redner besprach dann die Frage der Reparationsverhandlungen. Alles was darüber in letzter Zeit gesagt worden sei, müsse mit schwerer Sorge erfüllt. Der Redner warnte dann, daß sich Deutschland auf unklare Versprechungen und Hoffnungen lasse, die sich niemals erfüllen. Die Grundlage aller Verhandlungen müsse bilden, daß durch die bisherigen Leistungen die deutsche Schuld abgegolten sei. Wir erwarten bei den Verhandlungen ein für Deutschland annehmbares Ergebnis nicht. Wenn es aber zu unmöglichen Forderungen kommen würde, dann können wir nicht einwilligen. Kein (lebhaftes Beifall rechts). Der Redner widersprach einer Presseausstellung des Reichsaussenministers, wonach wir die volle deutsche Souveränität nie wieder besitzen würden. Deutschlands Freiheit habe Gewährleistung, nicht aber das Verfall der Zwangsobligat. Wenn der Innenminister in seiner Kundgebung gesagt habe, jedes deutsche Republikaner wisse, daß er zuerst als Mensch und dann als Deutscher auf die Welt gekommen sei, so müsse das lebhafteste Widerspruch hervorgerufen. Er erinnere an eine Klage beginne, daß die deutschen Stämme fremder Nationen Gefangene seien, und mit dem Worte ende: Gedanke, daß du ein Deutscher bist! (lebhaftes Beifall rechts).

Schluß der außenpolitischen Debatte.

— Berlin, 21. November.

Der Reichstag beendete am Dienstag die außenpolitische Debatte. Zunächst sprach der Abgeordnete Mühlberg (Komm.), der sich dagegen verwahrte, daß der Reichstagler als Führer der Genfer deutschen Delegation sich über die Genfer Mißerfolge ausweise. Die Kommunisten würden im Falle eines Krieges gegen Ausland Reichswehr und Flotte aufordern, die Gewehr umzubringen gegen den Feind im eigenen Lande und den russischen Freunden zu helfen (Stört hört!).

Abgeordneter v. Rheinbaben (DnL) gab der besondern Freude seiner Partei laudender Ausdruck, daß der Reichsaussenminister nach langer Krankheit sein Amt wieder übernommen habe (Beifall bei der DnL). Er gab weiter die Erklärung ab, daß seine Fraktion den Darlegungen des Außenministers zustimme. Einer eingehenden Kritik unterwarf er dann die Rede des Grafen Westphal. Die Forderungen: Revision des Verfallter Vertrages, Abrüstung, Revision der Differenzen, Widerruf der Kriegschuldfrage usw. würden auch von allen anderen Parteien des Hauses unterschrieben. Im Gegensatz zum Grafen Westphal, so fuhr der Redner fort, bemühen wir uns aber, die Lage unseres Vaterlandes so zu sehen, wie sie ist, und die Forderungen klar herauszuarbeiten, um die es sich zunächst in der Gegenwart handeln. Bei der Rede des Zentrumsgesandten Dr. A. a. s. ging mir die Melodie durch den Kopf: „Und ein bißel Lieb und ein bißel Treu...“ (Zuruf). „Und ein bißel Fairheit ist allweil dabei!“ — Heiterkeit). Es lag in dieser Rede eine gewisse Distanzierung zur Locarno-Politik. Der gar nicht langer Zeit hat aber Dr. Wirth immer wiederholt, daß Dr. Strefemann

mit der Locarno-Politik nur die Brücke beschriftet habe, die das Zentrum gebaut habe. Und jetzt Distanzierung tempora mutatur! (Beifall bei der DnL). Wir halten an der Locarno-Politik fest, wir müssen mit Frankreich und England weiter Politik treiben, wenn wir freier werden wollen. Die deutsche Politik habe daraus richtig gehandelt, als sie sich zu den Sachverständigen-Verhandlungen bereit erklärte. Der Redner beklagt sich auch für die deutsche Volkspartei volle Freiheit hinsichtlich des Ergebnisses der Verhandlungen.

Abgeordneter Dr. Westphal (DnL) wies darauf hin, daß seit einigen Jahren die außenpolitische Debatte in Inhalt und Grundform immer dieselbe geblieben sei. Die Deutschnationalen haben, je nachdem, ob sie in der Regierung oder in der Opposition seien, die ganze Politik über die triegerische Frage getrieben (Heiterkeit). Wir Sozialdemokraten haben uns dagegen durch unsere innerpolitische Stellung nie in unserer Zustimmung zur Verfallbürgungspolitik betören lassen. Der Abgeordnete v. Rheinbaben habe keine vielen Fichte niemals ganz vollendet. Er sagte: tempora mutatur! — die Zeiten ändern sich — und wir mit ihnen! — je mehr es weiter, das heißt die Deutschnationalen, die Sozialdemokraten und die Zentrumspartei ruhig für seine Freunde hinguhen können. Graf Westphal habe den parlamentarischen Mitgliedern der Wollerversammlung den Vorwurf gemacht, daß sie durch ihre Verhandlungen der Delegation in den Rücken fallen. Es handle sich dabei nicht um Verhandlungen, sondern um private Unterhandlungen, was Ihnen (nach rechts) Ihr Freund Hochfeld befürchten kann, der an zahlreichen betriebligen privaten Unterhandlungen teilgenommen hat (Stört hört!). Wenn Graf Westphal sich dies verbittet, dann scheint er sich etwas in seiner Kompetenz zu trennen. Mein Korporaloffizier sind Sie nicht! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und Zustimmung bei den Deutschnationalen). Wir erwarten, daß Dr. Strefemann von dem bisher beschrifteten Wege der Außenpolitik nicht abweichen wird. Zu der von dem Zentrumsgesandten Schreiber an der Zusammenlegung des Auswärtigen Amtes geübten Kritik will ich sagen: wir können andere diplomatische Schritte nicht nach Konzeption und Weltanschauung auswählen, sondern nur nach der Möglichkeit. Soll nach Moskau ein Arbeit gehen, nach Jerusalem ein Katholik oder ein Jude? (Heiterkeit). Graf Westphal war recht unvorsichtig, als er sich auf den Großen Karfunkeln berief. Dieser Riß hat sich von den Franzosen verlassen lassen und war mit ihnen verbunden gegen den deutschen Rißler (Unruhe rechts). Es ist kein Wille, wir auf unter Deutschland, wenn es in der Zeit für den Frieden der Menschheit an der Spitze marschieren (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abgeordneter Emminger (DnL) hob hervor, daß die deutsche Außenpolitik in den letzten Monaten in einer schweren Krise hand, die jetzt noch nicht überstanden ist. Der Gedanke des Friedens habe in der Welt noch nicht die Fortschritt gemacht, die man erwarten habe. In der Wollerversammlung sei zweifellos ein Rückschlag zu verzeichnen. Heberall würden Verträge abgeschlossen, die mit dem Wollerversammlung seien nur überdies Brandherde. Unter keinen Umständen dürfe auf den Transferschiff verzichtet werden. Inhablar bei die Bevölkerung innerpolitische Forderungen wie der Wollerversammlung mit den Deutschen. Der Reichstag die Forderungen Deutschlands in die Worte zusammen: Friede, Freiheit, Gleichberechtigung!

Abgeordneter Graf Westphal (DnL) erklärte, in Genf sei die Locarno-Politik getragen worden. Auch Irland, der von den bisherigen deutschen Regierungen zum Nationalsozialisten gemacht worden sei, habe in Genf seinen Selbstgeheim verloren. Unter großer Heiterkeit erklärte der Redner, Strefemann gehöre offenbar zu den „dienenen Brüdern“.

Abgeordneter von Sphel (Christl.-Nat. Bauernpartei) wandte sich gegen jeden Kuhhandel in der Räumungs- und Reparationsfrage. Der Redner forderte in der Sachverständigen-Ausschuss auf einen Vertreter der Landwirtschaft aufzunehmen. Eine Zahlungsverpflichtung Deutschlands ließe überhaupt nicht mehr anerkannt werden.

Abgeordneter West (Vollrechtspartei) beklagte den Davesplan. Bei der Auswahl der Sachverständigen für die jetzt beginnenden Verhandlungen müßten auch die Landwirtschaftsländer und der Mittelstand berücksichtigt werden.

Abgeordneter Dr. Schreiber (DnL) verlangte, daß das kulturelle Moment im Dienst des Auswärtigen Amtes mehr als bisher betont werde. Mit den Sozial- und Kulturkassen allein ließe diese Forderung nicht erfüllt. Wir wollen nicht, daß im Auswärtigen Amt Familienbekannte im Dienste stehen. Die anderen Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Ueber das nationalsozialistische Wollerversammlung wurde namentlich abgelehnt. Dafür stimmten mit den Nationalsozialisten die Christlich-Nationale Bauernpartei, die Deutschnationalen und die Kommunisten.

Der Wollerversammlung wurde mit 219 gegen 98 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Das Haus vertagte sich dann auf Dienstag, den 27. November, 3 Uhr: Kleine Vorlagen.